

„Sollen Umweltgruppen für ökologische Veränderungen auf politischer Ebene (z.B. CO₂-Steuer) und nicht für ökologische Veränderungen auf individueller Ebene (z.B. Ökologischer Konsum) eintreten?“

04

Laurenz Bub
BA MA, Universität
Salzburg, Abteilung
Soziologie und
Kulturwissenschaft

Die Auswirkungen der Klimakrise werden immer offensichtlicher. Zahlreiche wissenschaftliche Studien warnen davor, dass bald ökologische Kippunkte überschritten werden könnten. Dies wäre mit katastrophalen Folgen für Millionen von Menschen verbunden. In der Diskussion um die Klimakrise wird daher von Wissenschaftler*innen und Umweltgruppen immer wieder die Notwendigkeit des Handelns betont. Noch hätten wir nämlich die Wahl zwischen einem Wandel durch Gestaltung („change by design“) und einem Wandel durch Katastrophe („change by disaster“). Aber wie kann ein solcher Wandel gelingen und die globale Erderwärmung auf unter 2°C begrenzt werden?

Ein Weg in eine nachhaltige Zukunft wäre etwa auf politischer Ebene Gesetze und verbindliche Regeln für Nachhaltigkeit zu formulieren und umzusetzen. Ein Beispiel dafür ist eine CO₂-Steuer, bei der Unternehmen und Verbraucher*innen eine Abgabe für anfallende Emissionen zahlen müssen. Dadurch soll die Menge an ausgestoßenen Treibhausgasen reduziert und das Klima geschützt werden.

Andere Strategien setzen auf eine Veränderung des individuellen Verhaltens. Die Verantwortung für nachhaltiges Handeln wird dabei den einzelnen Bürger*innen auferlegt. Daran wird jedoch die Kritik geäußert, dass bei einer solchen „Privatisierung“ von Nachhaltigkeit gesamtgesellschaftliche und ökonomische Aspekte vernachlässigt werden. Ein Großteil der Treibhausgasemissionen entsteht nämlich nicht in privaten Haushalten oder beim Konsum. Vielmehr sind es große Industriezweige (z.B. das Baugewerbe oder die Stahlindustrie) und einzelne Unternehmen, die für einen wesentlichen Anteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Befürworter*innen einer politischen Regulation argumentieren daher, dass nachhaltiger Konsum oder Verzicht auf bestimmte Produkte alleine nicht ausreichen, wenn man das Klima schützen will.

Manche Nachhaltigkeitsexpert*innen vertreten allerdings die Position, man müsse gerade auf individuelle Handlungsveränderungen setzen. Denn Politik sei in wirtschaftliche Strukturen eingebettet die sich nicht von heute auf morgen ändern lassen. Das private Konsumverhalten ließe sich jedoch vergleichsweise einfach ändern. Auch sei zu bedenken, dass ein politischer Wandel immer nur auf einen gesellschaftlichen Wandel reagieren, diesem aber nicht vorausgreifen könne. Es liege also in der Verantwortung der einzelnen Bürger*innen mit gutem Beispiel voran zu gehen und durch klimafreundliches Handeln zu signalisieren, dass eine entsprechende Politik auch Mehrheiten hätte.

Weiterhin habe die bisherige Geschichte der Klimapolitik deutlich gemacht, dass diese oft nicht in der Lage ist, rechtzeitig wirksame Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen oder Gesetze zu beschließen. Schließlich zeige auch der Vergleich mit anderen Bereichen, dass entsprechende Gesetze oftmals einfach umgangen werden (z.B. Manipulation von Abgaswerten durch Automobilhersteller) und dadurch ihre Wirkung verfehlen.

Weiterführende

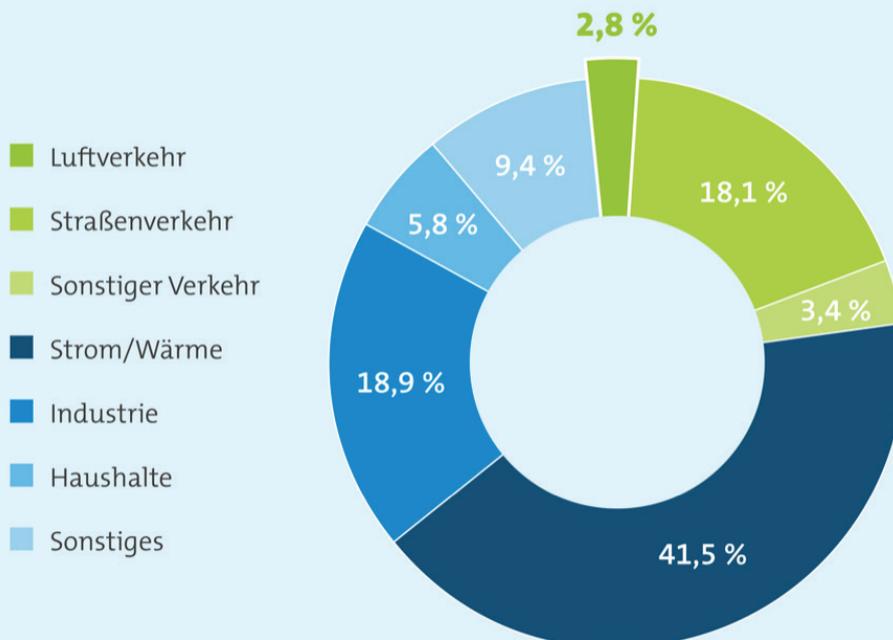
FRAGEN:

- 1** Welche Handlungsoptionen bieten sich neben einer CO₂-Steuer auf politischer Ebene um die globale Erderwärmung zu begrenzen?
- 2** Können einzelne Produkte und Praktiken alleine nachhaltig sein? Oder wird Nachhaltigkeit erst durch bestimmte Lebensstile und Lebensweisen und ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen möglich?
- 3** Warum fällt es scheinbar leichter ökologisches und nachhaltiges Handeln im privaten Bereich umzusetzen als auf gesellschaftlicher und politischer Ebene?
- 4** Wie können auf Ebene der internationalen Politik Klimaschutzmaßnahmen verbindlich formuliert und umgesetzt werden? Wie kann mit dem Problem umgegangen werden, dass einzelne Länder sich nicht beteiligen (z.B. der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen)?

Weiterführende Literatur:

- Grunwald, Armin. Warum Konsumentenverantwortung allein die Umwelt nicht rettet. In: Henkel, Anna et al. (Hrsg.) Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung. Transcript. Bielefeld. 2018.
- Paech, Niko. Überforderte Politik – warum nur individuelle Verantwortungsübernahme die Ökosphäre rettet. In: Henkel, Anna et al. (Hrsg.) Reflexive Responsibilisierung. Verantwortung für nachhaltige Entwicklung. Transcript. Bielefeld. 2018.
- Reusswig, Fritz. Lebensstile und Ökologie. Die ökologischen Folgen der modernen Lebensweise. In: Görg, Christoph. (Hrsg.) Gesellschaft im Übergang.
- Ullrich, Wolfgang. Konsum als Erziehung zur Nachhaltigkeit. In: Welzer, Harald. Wiegandt, Klaus (Hrsg.). Wege aus der Wachstumsgesellschaft. S. Fischer Verlag. Frankfurt a.M. 2013
- https://www.oxfam.de/system/files/20110622_zehngruende_fuer_30prozent.pdf
- <https://www.derstandard.at/story/2000121654256/was-eine-co2-steuer-dem-klima-bringt>

Zusammensetzung der weltweiten CO₂-Emissionen*



*Gemessen an den CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe
Quelle: Internationale Energieagentur 2019 (Werte für 2016)

www.bdl.aero